

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

politisches

# Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

Oktober 93

**03.10.1990** Heute vor 3 Jahren: Der Tag der deutschen Einheit

**04.10.1990** Heute vor 3 Jahren: Erste gesamtdeutsche Bundestagssitzung

**14.10.1933** Heute vor 60 Jahren: Das Deutsche Reich verläßt den Völkerbund

**15.10.1963** Heute vor 30 Jahren: Das Ende der Ära Adenauer

**16.10.1963** Heute vor 30 Jahren: Ludwig Erhard wird Bundeskanzler

**19.10.1988** Heute vor 5 Jahren: Verschrottung der ersten Pershing II-Lafetten

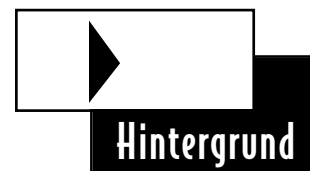
Neue Postleitzahl: 53129

## Der Tag der deutschen Einheit

In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 wird Deutschland - fünfundvierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur - wieder ein vereintes, souveränes Land. Fast auf den Tag genau 41 Jahre nach ihrer Gründung hört die DDR um null Uhr auf, als eigenständiger Staat zu existieren und wird Teil der neuen Bundesrepublik Deutschland. Genau ein Jahr zuvor, am Abend des 2. Oktober 1989, haben Volkspolizisten und Stasi-Angehörige in Leipzig noch auf friedliche Demonstranten eingepöbeln. Jetzt sind in Berlin schon 80 Kilometer der Mauer abgerissen, und viele von denen, die vor einem Jahr über Ungarn, Polen und die CSSR in den Westen geflohen sind, bummeln nun zwischen Reichstag und Alexanderplatz. Denn hier, in der alten und wieder neuen Hauptstadt Berlin, finden um Mitternacht die Feierlichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands ihren Höhepunkt.

14 junge Sportler aus beiden Teilen der Stadt ziehen um null Uhr die schwarz-rot-goldene Flagge zu den Klängen der Nationalhymne am zwanzig Meter hohen Mast vor dem Reichstag empor, während das Geläut der Freiheitsglocke ertönt. In das anschließende Feuerwerk mischt sich der Jubel von Hunderttausenden; insgesamt über eine Million Menschen sind in dieser Nacht auf dem Platz der Republik und "Unter den Linden" unterwegs. In ganz Deutschland feiern die Menschen bei Feuerwerk und Glockenläuten - und überall tun sie dies friedlich, mit heiterer Freude und ohne jeden nationalistischen Überschwang. Deutschland begeht das Jahrhundertereignis auf eine bemerkenswert normale Weise. Aus dem Ausland gehen von überall her Glückwünsche an die Deutschen ein, und Bundeskanzler Helmut Kohl, der von der Menge vor dem Reichstag immer wieder begeistert gefeiert wird, erklärt in einer Botschaft an alle Regierungen der Welt zum Tag der Deutschen Einheit: "Unser Land will mit seiner wiedergewonnenen Einheit dem Frieden in der Welt dienen und die Einigung Europas voranbringen."

Bis in die frühen Morgenstunden wogen die Menschenmassen im nunmehr ungeteilten Zentrum Berlins, schieben sich durch die Verkaufsstände Unter den Linden, feiern am Brandenburger Tor und vor dem Reichstag - dort, wo 1918 die erste deutsche Republik ausgerufen wurde, wo mit dem Reichstagsbrand von 1933 der Weg in den Abgrund begann, wo 1945 die siegreiche Rote Armee die sowjetische Fahne hißte, wo in den Jahren des Kalten Krieges die Westberliner ihren Freiheitswillen demonstrierten und wo seit 1961 Besucher aus aller Welt fassungslos die Mauer betrachtet haben.



## Der Tag der deutschen Einheit

### Hintergrund

**Dokumentation: Fernsehansprache des amerikanischen Präsidenten George Bush an die Deutschen, die kurz vor Mitternacht anlässlich der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 ausgestrahlt wurde (Auszüge)**

Ich freue mich, Bundeskanzler Helmut Kohl und dem deutschen Volk in diesem historischen Augenblick meine Glückwünsche übermitteln zu dürfen. Und es ist mir eine große Ehre, dem Volk eines vereinigten Deutschlands eine Botschaft zu überbringen.

In Berlin und Bonn, von Leipzig im Osten bis hin zu den Städten im Westen entlang des Rheins, feiern die Menschen den Tag, auf den ganz Deutschland 45 lange Jahre gewartet hat. Für die Welt waren es 45 Jahre der Spannungen und des Aufruhrs. Zu Ihrer Nation war das Schicksal besonders grausam. Im Herzen eines geteilten Kontinents lag 45 Jahre lang ein geteiltes Deutschland. Durch die Trennungslinie zwischen Ost und West wurde ein Volk in zwei Welten gespalten.

Das ist vorüber. Heute wird ein neues Kapitel in der Geschichte Ihrer Nation aufgeschlagen. 45 Jahre des Konflikts und der Konfrontation zwischen Ost und West liegen jetzt hinter uns. Endlich ist der Tag gekommen. Deutschland ist vereinigt. Ganz Deutschland ist endlich frei . . .

Heute liegt die Mauer in Trümmern. Und unsere Augen blicken auf eine neue Welt der Hoffnung. Heute ist Deutschland erneut vereinigt. Die Mauer spaltet eine Nation und die Welt nicht länger in zwei Lager. Die letzten Relikte der Mauer stehen im Herzen eines freien Berlin - ein düsteres Monument aus Beton und Stacheldraht - als Beweis dafür, daß keine Mauer je stark genug ist, den menschlichen Geist zu ersticken, und keine Mauer je die Seele einer Nation unter sich begraben kann.

Heute tritt die deutsche Nation in ein neues Zeitalter ein. Ein Zeitalter, um die Worte Ihrer Nationalhymne zu zitieren, von "Einigkeit und Recht und Freiheit". Während wir in diesem feierlichen Augenblick gemeinsam mit Ihnen voller Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft blicken, möchte ich im Namen aller Amerikaner sagen: Möge Gott das deutsche Volk schützen.

## Erste gesamtdeutsche Bundestagsitzung

**A**m 4. Oktober 1990 versammeln sich zum ersten Mal seit 57 Jahren wieder frei gewählte Abgeordnete des ganzen deutschen Volkes im Reichstag in Berlin. Auf der Besuchertribüne sitzt neben dem Bundespräsidenten der 90 Jahre alte frühere SPD-Reichstagsabgeordnete Josef Felder, der 1933 die letzte Reichstagsitzung in diesem Gebäude mitgemacht hat. Es ist auch nach langer Pause - genau seit dem 7. April 1965 - wieder die erste Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Berlin. Einen Tag nach der Wiedervereinigung tritt erstmals seit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ein freies und geeintes Parlament in einem freien und geeinten Deutschland zusammen - in einem gleichfalls freien und geeinten Berlin. Die Schutzmächte von gestern sitzen in Gestalt der ehemaligen alliierten Stadtkommandanten als Ehrengäste auf der Galerie - sinnfälliger Ausdruck der Tatsache, daß Deutschland mit seiner Einheit auch seine volle politische Souveränität zurückgewonnen hat. Der Bundestag ist über Nacht um 144 neue Abgeordnete größer geworden; nämlich um jene Frauen und Männer, die von der Volkskammer der ehemaligen DDR bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen in den Bundestag gewählt worden sind. Die Zahl der Mitglieder des Parlaments steigt damit von 519 auf 663. Einer legt schon am ersten Tag sein Mandat nieder - es ist der vom Bündnis 90 nominierte Abgeordnete Joachim Gauck, weil er dies mit seinem neuen Amt als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Verwaltung der Stasi-Akten für unvereinbar hält. Mit der Vereidigung der neuen Bundesminister ohne Geschäftsbereich - an ihrer Spitze der bisherige DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière - beginnt die Arbeit der ersten frei gewählten und demokratisch legitimierten gesamtdeutschen Regierung seit dem Ende der Weimarer Republik. In seiner ersten Regierungserklärung als gesamtdeutscher Regierungschef bekennt sich Bundeskanzler Helmut Kohl zur "Tradition jener freiheitlichen Strömungen unserer Geschichte, die weder Krieg noch Gewaltherrschaft auszulöschen vermochten". Auch nach der Wiedervereinigung werde es weder deutsche Sonderwege noch nationalistische Alleingänge geben. "Im Innern wie nach außen wollen wir gute Nachbarn sein", erklärt der Kanzler, der abschließend alle Deutschen auffordert, an dem "großen Werk" der Gestaltung der "Zukunft Deutschlands und der Zukunft Europas mitzuwirken". Für die SPD antwortet als erster ihr Ehrenvorsitzender Willy Brandt. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und frühere Bundeskanzler findet in vielerlei Hinsicht Übereinstimmung mit seinem Vorredner. Brandts Rede gipfelt in der Feststellung: "Wie neu wird nun das neue Deutschland sein? Meine Antwort: Nichts wird wieder so werden, wie es einmal war."



## Erste gesamtdeutsche Bundestagssitzung

### Hintergrund

**Dokumentation: Auszüge aus den Reden Bundeskanzler Helmut Kohls und des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt bei der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages am 4. Oktober 1990 im Reichstag in Berlin**

**K**ohl: . . Wann je, meine Damen und Herren, hatte ein Volk die Chance, Jahrzehnte der schmerzlichen Trennung auf so friedliche Weise zu überwinden? Ohne Krieg und Gewalt, ohne Blutvergießen, in vollem Einvernehmen mit unseren Nachbarn und Partnern und mit ihrer Zustimmung haben wir die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherstellen können . . . Meine Damen und Herren, wenn wir uns zur deutschen Geschichte in allen ihren Teilen bekennen, dann wollen wir auch nicht ihre düsteren Kapitel ausblenden. Niemals darf vergessen, verdrängt oder verharmlost werden, welche Verbrechen in diesem Jahrhundert von deutscher Hand begangen worden sind, welches Leid Menschen und Völkern zugefügt wurde. Indem wir diese geschichtliche Last gemeinsam tragen, erweisen wir uns auch der gemeinsamen Freiheit würdig . . .

Jetzt, meine Damen und Herren, kommt es darauf an, daß Deutschland auch wirtschaftlich und sozial möglichst rasch wieder eins wird. Das wird uns große Anstrengungen abfordern, und dafür werden wir auch Opfer bringen müssen. Aber ich weiß: Wir werden es schaffen, wenn wir jetzt zusammenstehen. In diesem entscheidenden Augenblick unserer Geschichte müssen wir mehr denn je zur Solidarität fähig sein.

**B**randt: . . Herr Bundeskanzler, verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wir uns nicht mißverstehen: Ich setze natürlich darauf, daß wir es schaffen werden. Die wirtschaftliche Aufforstung und die soziale Absicherung liegen nicht außerhalb unseres Leistungsvermögens. Die Überbrückung geistig-kultureller Hemmschwellen und seelischer Barrieren mag schwieriger sein. Aber mit Takt und mit Respekt vor dem Selbstgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute wird es möglich sein, daß ohne entstellende Narben zusammenwächst, was zusammengehört . . .

Daß wir ein Volk der guten Nachbarn im Innern und nach außen sein wollen, Herr Bundeskanzler, habe ich natürlich gern gehört. Wortgleich stand es so in meiner Regierungserklärung vom Herbst 1969 . . .

Herr Bundeskanzler, wir schätzen Ihre Würdigung - gerade an dieser Stelle, im Wallot-Bau - des deutschen Widerstands gegen die Tyrannei . . . Zu Recht haben Sie gesagt, wir müßten uns allen Seiten der eigenen Geschichte stellen. Dem stimme ich um so leichter zu, als es mich noch einmal an eigene Regierungserklärungen erinnert. Es ist in der Tat so: Man kann keine dieser Seiten herausreißen oder einfach wegtun.

## Das Deutsche Reich verläßt den Völkerbund

**A**m 14. Oktober 1933 - heute vor 60 Jahren - schreckt Hitler die Welt mit einem ersten außenpolitischen Paukenschlag. Er gibt den Beschluß der nationalsozialistischen Reichsregierung bekannt, die Genfer Abrüstungsverhandlungen zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten. Gleichzeitig kündigt er die Auflösung des erst im März gewählten Reichstages und Neuwahlen für den 12. November 1933 an - auf den Wahlzetteln wird nur noch die NSDAP erscheinen. Vor der Presse verliert Propagandaminister Goebbels einen Aufruf Hitlers an das deutsche Volk, in dem von "der Liebe zu unserem Volk und der Achtung seiner Ehre" die Rede ist; da der Völkerbund Deutschland als "rechtlose und zweitklassige Nation" behandle, bleibe nur der Austritt. Dieser wird vom Deutschen Reich bereits sechs Tage später, am 20. Oktober, offiziell erklärt.

Mit diesem bewußten Akt der Selbstisolierung, von dem sich Hitler mehr Handlungsfreiheit für seine forcierte Aufrüstungs- und seine aggressive Außenpolitik verspricht, beginnt 1933 Deutschlands schrittweiser Ausbruch aus allen multilateralen Vertragssystemen. Unter dem Deckmantel einer - in Deutschland durchaus populären - Kampfansage an den Versailler Friedensvertrag nimmt der Diktator in Wirklichkeit Kurs auf jenen Krieg, den er immer gewollt und in "Mein Kampf" einer ungläubigen Mitwelt auch unverhüllt angekündigt hat.

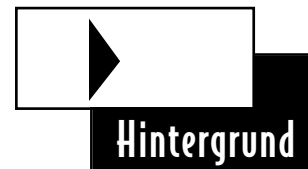
Dabei war Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund im September 1926 eine Sternstunde der Außenpolitik der Weimarer Republik gewesen. Hauptsächlich dem damaligen Außenminister Gustav Stresemann war es zu verdanken, daß Deutschland wieder als ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie auftreten konnte; denn ursprünglich waren Deutschland und andere ehemalige Feindstaaten - ähnlich wie nach 1945 von den Vereinten Nationen - nach dem Ende des Ersten Weltkrieges von der Mitgliedschaft im Völkerbund ausgeschlossen gewesen.

Nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund im Oktober 1933 dauerte es vierzig Jahre, bis die Deutschen - nunmehr in Gestalt zweier Staaten - im Herbst 1973 anläßlich der 28. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York wieder vollberechtigtes Mitglied einer Weltorganisation wurden. Die gegenwärtige Debatte um die gewachsene internationale Verantwortung des geeinten Deutschland und seine künftige Rolle in der Welt - gerade angesichts vielfältiger Erwartungen und Forderungen seitens der UNO - verleiht der Erinnerung an Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund jenseits des historischen Anlasses auch eine ganz aktuelle Bedeutung.

## Das Ende der Ära Adenauer

**A**m 15. Oktober 1963 - heute vor 30 Jahren - geht in Bonn eine Ära zu Ende. 14 Jahre und einen Monat nach seinem Amtsantritt wird Bundeskanzler Konrad Adenauer feierlich vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Es ist der Schlußpunkt einer ganzen Serie von Abschiedsfeierlichkeiten, die der 87jährige Kanzler seit Wochen im In- und Ausland zelebriert und sichtlich genossen hat. Dabei ragt die von mehr als hunderttausend Menschen besuchte Feldparade der Bundeswehr auf dem Flughafen Wunstorf bei Hannover heraus, die der lebenslange Zivilist Adenauer wenige Tage zuvor abgenommen hat. Doch nach all den Ehrungen in diversen Landeshauptstädten, der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin, einer großen Kundgebung der eigenen Partei und einer Pontifikalmesse im Bonner Münster kommt dann in der Mittagsstunde des 15. Oktober 1963 der wirklich endgültige Abschied von der Macht: Das Parlament versammelt sich einzig zu dem Zweck, den scheidenden Regierungschef in den Ruhestand zu verabschieden - ein Vorgang, für den es in der deutschen Geschichte kein Beispiel gibt. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier würdigt in einer gut halbstündigen Ansprache Wirken und Verdienste des ersten Bundeskanzlers und endet mit dem klassischen Satz: "Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht". Während Gerstenmaier spricht, steht Adenauer die ganze Zeit regungslos in der Regierungsbank; Chronisten vermerken, daß er den Cut trägt, den er sich mehr als 15 Jahre zuvor, in den Anfangstagen des Parlamentarischen Rates, hat schneiden lassen. Adenauers sieben Kinder verfolgen von der Diplomatentribüne aus, wie ihr Vater anschließend in einer kurzen Dankesrede noch einmal den politischen Kernbestand seiner 14jährigen Kanzlerschaft darlegt: wirtschaftlicher Wiederaufbau, moralischer Wiederaufstieg, Westbindung und europäische Integration. Zur Wiedervereinigung Deutschlands bemerkt er: "Ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Tag einmal da sein wird." Und als Quintessenz seiner Politik formuliert er: "Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund der freien Nationen . . ."

Schon die Zeitgenossen sprechen von der "Ära Adenauer", die nun zu Ende geht. Tatsächlich hat der Gründungskanzler der Bundesrepublik dem westlichen deutschen Teilstaat seinen Stempel aufgeprägt und innen- wie außenpolitisch Strukturen geschaffen, in deren Rahmen auch die Nachfolger weiterwirken werden. Aber eigentlich fühlt sich der "Alte" noch längst nicht reif für den politischen Ruhestand. Beim abendlichen Empfang des Bundespräsidenten in der Bonner Beethovenhalle sagt der "Patriarch" der deutschen Nachkriegsgeschichte zu einem Bonner Journalisten: "Ich gehe nicht frohen Herzens."



## Das Ende der Ära Adenauer

### Hintergrund

**Dokumentation: Dankesrede des scheidenden Bundeskanzlers Konrad Adenauer anlässlich seiner Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag am 15. Oktober 1963 (Auszüge)**

**W**enn ich am heutigen Tage zu Ihnen spreche, dann bin auch ich von Dank erfüllt, von Dank für das deutsche Volk. Sicher, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir an das Jahr 1949 zurückdenken, wenn wir von den Trümmerfeldern hören, von denen der Herr Präsident soeben gesprochen hat, dann wollen wir auch den Blick noch hinausgehen lassen über die Grenzen unseres Landes und wollen daran denken, wie der deutsche Name damals in der Welt gewertet wurde und wie es heute anders geworden ist. Wenn wir vieles, nicht alles, wiederaufgebaut haben und wenn der deutsche Name im Ausland wieder seinen Klang hat, dann, meine Damen und Herren, wäre das nicht möglich gewesen ohne das deutsche Volk selbst . . .

Und darum bin ich stolz auf das deutsche Volk - ich darf das wohl auch mit dem Blick über unsere Grenzen hinaus sagen - : ich bin stolz auf das, was das deutsche Volk in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit geleistet hat. Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund der freien Nationen und sind im Bund der freien Nationen ein willkommenes Mitglied geworden . . .

Eine Lösung der deutschen Frage ist nicht möglich allein zwischen uns und dem Gegner, der uns bedrückt; eine Lösung dieser Frage ist nur möglich mit Hilfe unserer Freunde. Und wir danken Gott, daß wir wieder Freunde in der Welt gefunden haben.

Wenn Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren, wir hätten diese Freunde nicht wieder gefunden; was wäre in der Zwischenzeit aus Deutschland geworden oder was würde jetzt aus Deutschland! Gerade diese Freundschaft in Europa, außerhalb Europas, mit den Vereinigten Staaten, mit allen freien Völkern der Welt gibt uns erst ein Recht, mit Sicherheit zu erwarten, daß eines Tages auch die Wiedervereinigung in Freiheit erfolgen wird.

## Ludwig Erhard wird Bundeskanzler

**A**m 16. Oktober 1963 wählt der Deutsche Bundestag mit 279 gegen 180 Stimmen bei 24 Enthaltungen den bisherigen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zum Bundeskanzler. Damit hat die Bundesrepublik Deutschland nach vierzehn langen Jahren der Kanzlerschaft Konrad Adenauers ihren zweiten Regierungschef.

Der populäre "Vater" der D-Mark und des "Wirtschaftswunders" und gefeierte Buchautor ("Wohlstand für alle") ist seit langem der Favorit einer Mehrheit in der CDU/CSU für die Nachfolge Adenauers. Dieser hat buchstäblich nichts unversucht gelassen, genau dies zu verhindern; denn er hält seinen langjährigen Wirtschaftsminister, der ihm mit dem Erfolg seiner "Sozialen Marktwirtschaft" wesentlich geholfen hat, die großen Wahlsiege der Jahre 1953 und 1957 zu erringen, auf dem Sessel des Kanzlers für nicht geeignet - und er sagt dies auch jedem, der es hören will. Der Verlust der absoluten Mehrheit bei den Wahlen im September 1961 hat Adenauer indes zu einem Kompromiß genötigt, aus dem er sich trotz aller taktischen Kunst nicht mehr herauswinden kann: Die FDP, die ursprünglich schon 1961 seine Kanzlerschaft beendet sehen wollte, und starke Kräfte in der Union, die seit langem auf einen Wechsel drängen, sorgen dafür, daß Adenauer zur Mitte der Legislaturperiode sein Amt abgibt - zu früh, wie er selbst meint, und noch dazu in die Hände des falschen Mannes.

Tatsächlich wird Erhards Kanzlerschaft nur drei Jahre dauern. Umbrüche in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und ein beginnender Wertewandel, Differenzen in der Regierungskoalition über die Außenpolitik ("Atlantiker" gegen "Gaullisten") und schließlich die Wirtschaftsrezession des Jahres 1966 führen dazu, daß Erhards Stern nach der triumphal gewonnenen Bundestagswahl des Jahres 1965 rasch sinkt. Dazu trägt auch der Charakter des Mannes bei, der heute vor 30 Jahren zum Bundeskanzler gewählt wird. Er unterscheidet sich fundamental von dem seines Vorgängers. Die Macht als solche hat Erhard nie interessiert, mit den Spielregeln der Parteiendemokratie wird er sich niemals anfreunden; sein Glaube an die

► Forts.

16.10.1993

Heute vor 30 Jahren: **16.10.1963**

## Ludwig Erhard wird Bundeskanzler

Forts.

menschliche Vernunft und an die Kraft von Ideen bleibt hingegen unerschütterlich. Vielen Menschen in Deutschland gilt Erhard so bis heute als lebender Beweis für die Überzeugung, daß ein "guter Mensch", der stets das Gute will, den notwendigen "Grausamkeiten" aber lieber aus dem Weg geht, in der Politik letztlich scheitern muß.

Das alles liegt jedoch am 16. Oktober 1963 noch in weiter Ferne. Die Bundestagschronisten vermerken stattdessen aufmerksam, daß sich der in den Ruhestand gedrängte Vorgänger nach einigem Zögern doch noch in die Schar der Gratulanten einreihet, die Ludwig Erhard im Plenarsaal des Bundestages zu seiner Wahl beglückwünschen. Die Ära Adenauer ist vorbei. Die große Mehrheit der Westdeutschen blickt mit Hoffnungen und Erwartungen auf den neuen Mann, und dessen zwei Tage später abgegebene Regierungserklärung bestärkt diese Zuversicht noch. "Meine Politik ist eine Politik der Mitte und der Verständigung", erklärt Erhard gleich zu Beginn, und er trifft damit durchaus den Ton, den die Menschen nach 14 Jahren zum Teil stürmischer innenpolitischer Kontroversen unter dem strengen Patronat Adenauers hören wollen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31



## Ludwig Erhard wird Bundeskanzler

### Hintergrund

**Dokumentation: Regierungserklärung des neu gewählten Bundeskanzlers Ludwig Erhard, 18. Oktober 1963 (Auszüge)**

Ich werde aus christlicher Gesinnung und Verantwortung handeln. Ich fühle mich der Demokratie und der tragenden Kraft des Geistes verpflichtet. Meine Politik ist eine Politik der Mitte und der Verständigung. Unser Weg in die Zukunft wird uns weiter aufwärts führen, aber er bleibt voller Gefahren. Bezeugen wir Mut, Gewissen und Solidarität !

. . . So haben wir uns denn auch immer wieder zu fragen, was im Einzelfall die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus unserer freiheitlichen Lebensordnung und das Erfordernis wirklicher sozialer Gerechtigkeit gebieten. Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat ist nur so lange gesichert, wie die politisch Verantwortlichen durch ihr eigenes Verhalten das gute Beispiel vorleben.

Wenn es darum unverzichtbar ist, den Interessengruppen die Grenzen ihrer Ansprüche deutlich zu machen, so erscheint das nur glaubhaft, wenn auch der Staat die rechten Maße zu setzen weiß. Der Staat ist kein von der Gemeinschaft eines Volkes losgelöstes, abstraktes Gebilde. Gewiß ist er aber auch mehr als die Addition seiner Staatsbürger.

Wenn darum im politischen Leben dem Staat die Sorge um Verteidigung und Sicherheit aufgetragen ist, wenn er Bildung, Forschung und Gesundheit fördern soll, wenn er für die Reinhaltung der Luft und des Wassers sorgen, die Verkehrsverhältnisse ordnen, den Wohnungsbau fortführen soll, wenn ihm zunehmend höhere soziale Leistungen abverlangt werden und der Ruf nach Subventionen und Beihilfen gewiß nicht schwächer wird, dann muß der Staatsbürger begreifen, daß er damit im letzten Grunde sich selbst anspricht.

Aus solcher Sicht spiegelt die Anklage, der Staat bezeuge zu wenig Verständnis und leiste zu Geringes, nur die mangelnde Einsicht des Staatsbürgers wider. Es gibt keine Leistungen des Staates, die sich nicht auf Verzicht des Volkes gründen . . .

Meine Damen und Herren, wir Deutschen bedürfen nach den Brüchen in unserer jüngeren Geschichte neuer Ausdrucksformen in allen Äußerungen unseres gemeinsamen Lebens. Wir sind zu bewußter Solidarität aufgerufen. Gerade die Industriegesellschaft braucht einen starken Staat. Je größer der Druck der Verbände und Gruppen auf den Gang der Politik, je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, um so entschiedener ist es allen verantwortlichen Kräften - und in besonderem Maße der Bundesregierung - aufgegeben, für die Respektierung des Gemeinwohls Sorge zu tragen . . .

Die Zielstrebigkeit unserer Politik und ihre Vitalität bedeuten keine Machtpolitik; sie ist, wie eingangs gesagt, eine Politik der Mitte, die um die Notwendigkeit der Verständigung und des Ausgleichs weiß.

## Verschrottung der ersten Pershing II-Lafetten

**A**m 19. Oktober 1988 werden im Frankfurter US-Depot in Hausen mit Spezialsägen und Hochleistungs-Schneidbrennern die ersten neun von insgesamt 114 Lafetten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Pershing II-Raketen der amerikanischen Streitkräfte zerlegt. In Anwesenheit von sowjetischen Inspektoren, hochrangigen US-Militärs und zivilen Ehrengästen sowie unter den Augen von über 100 Journalisten, Fotografen und Kamerateams aus aller Welt beginnt auf diese Weise die Vernichtung der Startrampen für die Pershing II - getreu dem von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow vereinbarten INF-Vertrag über den Abbau und die Vernichtung der atomaren Mittelstreckenraketen, der am 1. Juni 1988 in Kraft getreten ist.

Was heute - nur fünf Jahre danach - wie eine Meldung aus ferner Vergangenheit erscheint, ist im Oktober 1988 Gegenstand des Interesses der ganzen Welt. Keine andere Frage hat seit Jahren die Politik der Bundesrepublik so sehr beherrscht wie diese - soll die NATO-Nachrüstung durchgeführt werden oder nicht?; kann die Sowjetunion auf diese Weise zum Abbau ihrer einseitigen Vorrüstung bewogen werden oder nicht?; helfen die Pershings auf dem Weg zu einem Frieden mit immer weniger Waffen oder stürzen sie Deutschland und Europa letztlich in das Inferno eines nuklearen Konflikts? - Nicht zuletzt über der Frage der Nachrüstung ist im Herbst 1982 die Koalition aus SPD und FDP zerbrochen; nicht zuletzt diese Frage bringt im März 1983 die "Grünen" erstmals in den Bundestag; und die Entscheidung der Bundesregierung unter Helmut Kohl, ab November 1983 mit der Stationierung zu beginnen, führt vorübergehend zu einem Wettersturz im Ost-West-Klima und zu einer Schärfe der innenpolitischen Auseinandersetzungen, die nur mit dem Streit um die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren vergleichbar ist.

Fast auf den Tag fünf Jahre vor Beginn der Pershing-Verschrottung, am 23. Oktober 1983, geht mit Kundgebungen, Demonstrationen und Menschenketten in Bonn, Hamburg, Berlin, Stuttgart und Neu-Ulm, an denen sich mehr als eine Million Menschen beteiligen, eine "Aktionswoche der Friedensbewegung" zu Ende. Ihre zentrale Forderung ist der Verzicht auf die Stationierung - und zwar ohne jedes Wenn und Aber. Denn, so die Sprecher der Friedensbewegung: Es gehe "um Leben oder Tod".

Heute gehört es zu den Binsenwahrheiten, daß die Entscheidung der Bundesregierung zugunsten der Stationierung tatsächlich ihr Ziel "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" erreicht hat. Und wenn nicht alles täuscht, wird die feste Haltung Bundeskanzler Kohls während der jahrelangen Nachrüstungskrise in Westdeutschland von den Historikern einst als einer der Faktoren bewertet werden, die zum Zusammenbruch des militärisch-industriellen Komplexes in der Sowjetunion und zur Epochenwende von 1989/90 geführt haben.